

Chantal Mouffe über politische Gegnerschaften

- » Ich behaupte, es ist nicht nur konzeptionell falsch, sondern auch mit politischen Gefahren verbunden, wenn das Ziel demokratischer Politik in Begriffen von Konsens und Versöhnung anvisiert wird. Das Streben nach einer Welt, in der die Wir-Sie-Unterscheidung überwunden wäre, basiert auf fehlerhaften Prämissen, und wer sich diese Vision zu eigen macht, muß die tatsächliche Aufgabe demokratischer Politik zwangsläufig verkennen.
- » Begriffe wie "parteilose Demokratie", "good governance", "globale Zivilgesellschaft", "kosmopolitische Souveränität", "absolute Demokratie" [...] sind ausnahmslos Bestandteile einer antipolitischen Vision, die sich weigert, die für das "Politische" konstitutive antagonistische Dimension anzuerkennen.
- » Ein entscheidender Punkt ist [...], daß jeder Konsens auf Akten der Ausschließung basiert und demnach ein ganz und gar einschließender „rationaler“ Konsens unmöglich ist.
- » Da alle Formen politischer Identitäten eine Wir-Sie-Unterscheidung beinhalten, kann die Möglichkeit der Entstehung eines Antagonismus niemals ausgeschlossen werden.
- » Nur durch Anerkennung des "Politischen" in seiner antagonistischen Dimension können wir die für die demokratische Politik zentrale Frage stellen. Ich will den liberalen Theoretikern nicht zu nahe treten, aber diese Frage lautet nicht, wie ein Kompromiß zwischen widerstreitenden Interessen erzielt oder ein "rationaler", d. h. ganz und gar einschließender Konsens ohne jede Ausschließung erreicht werden könne. Ungeachtet dessen, was viele Liberale uns glauben machen wollen, liegt die Besonderheit demokratischer Politik nicht in der Überwindung des Wir-Sie-Gegensatzes, sondern in der spezifischen Art und Weise seiner Etablierung. Demokratie erfordert eine Form der Wir-Sie-Unterscheidung, die mit der Anerkennung des für die moderne Demokratie konstitutiven Pluralismus vereinbar ist.
- » Die zentrale Frage lautet demnach, wie die für jedwede Politik konstitutive Unterscheidung zwischen "uns" und "denen" so gestaltet werden kann, dass sie mit der Anerkennung des Pluralismus vereinbar ist. Konflikte können und sollten in liberalen, demokratischen Gesellschaften nicht eliminiert werden, da die Akzeptanz und Legitimierung von Konflikten ja gerade das ist, was eine pluralistische Demokratie auszeichnet. Liberale, demokratische Politik setzt voraus, die "Anderen" nicht als Feinde wahrzunehmen, die es zu vernichten gilt, sondern, als Kontrahenten, deren Ideen zwar - mit aller Schärfe - zu bekämpfen gilt, deren Recht, für diese Ideen einzutreten, aber nicht infrage gestellt werden darf.
- » habe ich argumentiert, eine zentrale Aufgabe demokratischer Politik bestehe darin, für Institutionen zu sorgen, die die Möglichkeit eröffnen, dass Konflikte eine agonistische form annehmen, bei der die Opponenten nicht Gegner sind, sondern Kontrahenten, zwischen denen ein konflikthafter Konsens besteht.

Zitate aus

Mouffe, Chantal. 2007. *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt, M.: Suhrkamp.

---. 2014. *Agonistik: die Welt politisch denken*. Frankfurt, M.: Suhrkamp.